

## **Kürzungen an den Unis, Studiengebühren, Elite-Universitäten: Lauter Schritte zur Verschärfung der Ausbildungs-Konkurrenz**

### **Wie der Staat die Ressource Bildung bewirtschaftet.**

Von Peter Decker

Der Staat spart – und wenn der Staat spart, dann schränkt er nicht sich ein, sondern andere. Er streicht Leistungen seiner Einrichtungen für die Bürger und verlangt ihnen größere Dienste für seine Staatskasse ab. Da geht es den Unis und ihren Mitgliedern nicht anders als all den anderen Bürgern, an denen der Staat spart: Im Interesse seiner finanziellen Handlungsfreiheit bekommen die Studierenden verschlechterte Bedingungen serviert und sollen bald happige Gebühren fürs Studium entrichten.

Der bundesweite Protest dagegen zeugt von einem gediegenen Selbstbewusstsein der Jungakademiker: Mag die Regierung sparen, woran sie will, an der Bildung darf, ja kann sie gar nicht sparen. Damit würde sie nur sich selbst, Deutschland, der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts schaden; allem eben, worauf es in dieser Nation ankommt. Mit der Parole "Unsere Bildung – Eure Zukunft" pocht der Nachwuchs auf seine Unersetzlichkeit als Ressource für den Konkurrenzkampf der Nation. Eine so wichtige Produktivkraft, meinen die Studenten, könne der Staat doch nicht so schlecht behandeln wie andere Sozialfälle. Da täuschen sie sich aber gewaltig. Es ist gerade ihre Rolle als Ressource der Nation, die sie zu spüren bekommen. Wissen spielt in dieser sogenannten „Wissensgesellschaft“ nämlich eine schäbige Rolle: Es ist Hilfsmittel in der Konkurrenz der Kapitale, interessiert nur dann und nur so, wie es dafür taugt: Im Sinn der ihrer rentablen Verwendung haben ausgebildete Leute zum rechten Zeitpunkt zur Verfügung zu stehen, mit viel Einsatzbereitschaft und möglichst ohne Pausen zu funktionieren, sie haben zweitens ohne viel Aufhebens auch wieder abzutreten, wenn das Kapital für ihre Kenntnisse keine Nachfrage mehr hat, - und sie haben billig zu sein. Erstens für den Staat, was die Herstellung ihrer Qualifikation betrifft, und zweitens für den Arbeitgeber, der aus dieser Qualifikation schließlich seinen Profit machen will.

### **Weil es Ressource des Kapitals ist, wird Wissen sparsam ausgeteilt und großzügig weggeworfen.**

Wissen dem Volk in der Wissensgesellschaft nur sehr sparsam verabreicht: Keineswegs sollen alle Leute möglichst viel lernen und wissen, damit sie gut unterrichtet am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, vernünftige Interessen bilden und die zweckmäßig durchsetzen. Jede Menge dummer Kerle sind unserer Wirtschaft gerade recht – für die Rolle als anspruchslose Arbeitskräfte, für die sie vorgesehen sind, braucht es nicht allzu viel Kenntnisse. Der Staat, der genau diesen Bedarf nach der Ressource Arbeit bedient, organisiert das Lernen als einen Selektionsprozess, in dem darüber entschieden wird, wie wenig oder wie viel der einzelne lernen darf. Je nachdem, wie leicht sich einer mit den Anforderungen tut und wie gut er in der schulischen Konkurrenz vorankommt – je weniger Hilfe und Förderung er also braucht, desto mehr bekommt er, desto länger darf er höhere und hohe Schulen besuchen. Umgekehrt werden diejenigen, die mehr Zeit und Hilfe bräuchten, um sich Wissen anzueignen, früh von weiterer Bildung ausgeschlossen – so dass halber und ganzer Analfabetismus zu den normalen Resultaten der freiheitlichen Schulbildung gehören. Den relativ wenigen höher Gebildeten steht die ziemlich unwissende Masse gegenüber – und das Größenverhältnis beider Kollektive wird in Reformen immer wieder einmal dem tatsächlichen Bedarf der Nation angepasst, der sich am Arbeitsmarkt herausstellt.

Der Bedarf des Kapitals entscheidet auch darüber, was überhaupt als wissenswertes Wissen gilt: Die Jugend soll etwas lernen, um brauchbar zu sein. Ob ihr Wissen aber „Qualifikation“ genannt werden kann, liegt nicht an ihm, sondern am Interesse, das Arbeitgeber nach ihren Kalkulationen daran fassen. Ständig wird jede Menge Wissen entwertet, weil das Geschäft nicht im erwarteten Umfang wächst, sich auf andere Felder verlagert, oder Kenntnisse durch ihre Objektivierung in neuer Technik überflüssig werden. Vor ein paar Jahren waren Informatiker so dringend gesucht, dass man Inder zu importieren wünschte, heute sind diese zusammen mit deutschen Absolventen arbeitslos. Ihr Wissen ist keine Ressource, weil das Kapital es nicht braucht. Rechte, die mit einer Qualifikation einmal verbunden waren, werden nach den neuen Regeln der Arbeitslosenverwaltung beschleunigt vernichtet: Auch Lehrer oder Ingenieure, wenn sie nicht binnen höchstens

eines Jahres die Nützlichkeit ihrer Kenntnisse für Staat und Wirtschaft beweisen, d.h. wieder eine Anstellung finden, müssen „jede legale Arbeit“ annehmen und sich für Dumpinglöhne ausnutzen lassen – ihr nutzloses Wissen können sie für sich behalten. Der schöne Politikerspruch, dass Bildung nie so nötig war wie heute, ist der reinste Zynismus. Er stimmt nur in eine Richtung: Gewiss, ohne gute Ausbildung hat man am Arbeitsmarkt keine Chancen, erstens überhaupt eine Anstellung zu finden und zweitens mit Arbeit auch noch ein ordentliches Einkommen zu erzielen; mit Ausbildung aber ist nichts entschieden: sie ist nur ein Angebot an die kapitalistischen Arbeitgeber, das die nach ihren Kalkulationen ergreifen oder nicht.

## **Hochschulreform heute:**

### **Die Produktion der Ressource wird ihrem aktuellen Zweck angepasst**

Politiker betrachten das Sparen, das sie den Universitäten aufzwingen, und die Studiengebühren, die sie den Studenten abknöpfen, nicht als bedauerliche Folgen leerer Staatskassen, sondern als wünschenswerte Hebel für längst fällige Reformen. Geldnot soll die Institution und die Studenten zu der Sorte Vernunft zwingen, die der deutsche Staat heute von seinen Bildungseinrichtungen sehen will. Rückblickend erscheint den Bildungspolitikern das kostenlose Studium und der Beamtenstatus der Lehrenden wie eine einzige Einladung zur Faulheit. "Zu wenig Konkurrenz", "zu wenig Zwang zur Leistung", "zu lange Studienzeiten", "zu wenig ökonomische Effektivität"! Die Institution, die Lehrende und Lernende von der Konkurrenz ums Geld ein Stück weit freigesetzt hat, damit sie Wissen erarbeiten und sich aneignen, gilt inzwischen als eine Fehlentwicklung, ein unkapitalistischer Fremdkörper in unserer besten aller Welten. Studenten sollen gefälligst billiger und schneller studieren, jünger in die Berufe oder in die Arbeitslosigkeit drängen. Wissenschaftler sollen mehr Forschungsergebnisse liefern, sie schneller der Industrie verfügbar machen und in Produkte umsetzen. Und was führt all diese Leistungen zuverlässiger herbei als konsequenter Zwang durch mehr Konkurrenz? Bildungspolitikern ist es selbstverständlich, dass Professoren mehr Wahrheiten herausfinden und mehr Wissen ausspucken, wenn man sie mehr unter Druck setzt: Sie sollen nun „evaluiert“, einem Leistungsvergleich ausgesetzt, und mit Leistungslöhnen bezahlt werden; ansonsten haben sie den Nutzen ihres Forschens dadurch zu beweisen, dass die Drittmittel der Industrie einwerben. Studenten sollen durch den Schuldenberg, den sie im Lauf ihrer Lehrjahre anhäufen, klug werden und schneller studieren, damit ihr Studium den Staat weniger kostet und sich zugleich das Verhältnis von "unproduktiver" Ausbildungszeit zugunsten der "produktiven" Benutzungszeit durch den Arbeitgeber verschiebt. Wer früher und damit länger arbeitet, kostet weniger – sofern eine Firma ihn überhaupt und gar auf Dauer beschäftigen mag. Derselbe Schuldenberg wird andere Studierwillige darüber belehren, dass es besser ist, gar nicht zu studieren, wenn das Studium sich nicht als absehbar lohnendes Investment ins eigene Humankapital kalkulieren lässt. Da wird die Kapazitätsüberlastung der Unis gleich ein wenig kleiner und der Platz in Seminaren, Labors und Bibliotheken ein wenig größer ausfallen. Auch so lassen sich Studienbedingungen verbessern!

Bildungsreform heute ist so etwa das Gegenteil dessen, was vor 40 Jahren unter diesem Namen bekannt wurde: Auch damals war die Staatsmacht mit den Leistungen der Intelligenz unzufrieden. Im Lande des Kriegsverlierers, der gerade einen kometenhaften Aufstieg als Exportnation hinlegte, begann man, sich mit dem amerikanischen Sieger des Weltkriegs, den ökonomisch weit überlegenen USA zu vergleichen. Pro Kopf hatte Westdeutschland sehr viel weniger Abiturienten und noch weniger Studierende als der große Partner – und so legte man sich per Vergleich die Auffassung zu, dass mehr akademisch gebildete Arbeitskräfte das Leistungspotential der Nation noch mehr heben müssten. Damals wurden die alten Ausleseverfahren als Verschütten von Begabungen im Volk kritisiert; es hieß, „Bildungsreserven ausschöpfen“ – und mit einer Menge Geld, das der Staat in den Ausbau von Gymnasien und Universitäten steckte, gelang es ihm ohne weiteres, zu beweisen, dass viel mehr Menschen „begabt“ sind, als man vorher gedacht hatte. Auch heute ist die Staatsführung unzufrieden mit den ökonomischen Konkurrenzleistungen der nationalen Wirtschaft – und daher auch unzufrieden mit der Ausbeute der Ressource Wissen. Aber eben nicht in dem Sinn, dass man an einem „technological gap“ gegenüber den USA laborieren würde und Felder des Wissens wüsste, die unzureichend beackert sind und erschlossen werden müssten, und auch nicht in dem Sinn, dass eine wachsende Wirtschaft immer neue Verantwortungsposten schaffen würde, für die akademisch gebildete Arbeitskräfte gerade das Richtige wären. Heute ist alles im Überfluss da: Mehr als genug arbeitsame Dummköpfe, mehr als genug mittel- und höher Ausgebildete, mehr als genug Unis, Forscher, Forschungseinrichtungen – und sie alle leisten nicht, was die Nation bräuchte: Mehr Profit des Kapitals, mehr Wachstum, mehr Attraktivität des Standorts für internationale Geldanleger. In der wahnhaften Überschätzung, wie sie den politischen Verwaltern eines nationalen Kapitalstandorts eignet, erklären sie *ein* Mittel der kapitalistischen Konkurrenz – Wissen – zu dem entscheidenden Grund für Erfolg und Misserfolg, lasten dem Bildungssektor Krise und Wachstumsschwäche des Kapitals an und versprechen sich von seiner Korrektur den zukünftigen deutschen Erfolg auf dem Weltmarkt. Da nun aber niemand sagen kann, an welchem Wissen, welchen Qualifikation usw. es dem Land gebricht, geraten Unzufriedenheit und

Reformbedarf ebenso unbestimmt wie umfassend: Der Bildungssektor leistet einfach zu wenig – für das Geld, was er kostet; und er kostet zuviel, für das, was er leistet. Reform heißt nicht wie einst: Mehr Schulen, Unis, mehr Freiräume fürs Lernen und Forschen, damit jedem möglichen Wachstumsbedarf des Kapitals das passende menschliche und wissenschaftliche Angebot zur Verfügung steht. Reform heißt jetzt: Für das Geld, das der Staat ausgibt, und in den Einrichtungen, die er längst geschaffen hat, mehr Leistung erzwingen. Und zwar durch eine dauernde ökonomische Gefährdung des erreichten Status auf Seiten der Wissenschaftler und durch mehr schuldenbedingten Zwang zum Erfolg auf Seiten der Studenten.

## **Das hat noch gefehlt: Elite-Universitäten**

Wenn sich der Kanzler „Elite-Universitäten, die sich mit Harvard und MIT messen können!“ wünscht und sein Generalsekretär „deutsche Nobelpreisträger“ fordert, dann bekennen sich sehr offen zu der Rolle, die das Wissen als Ressource für die kapitalistische Nation spielt. Erstens enthält der Ruf nach Elite einige Verachtung für die Massenuniversität und ihren menschlichen Output. Von den normalen Studenten und Akademikern gibt es offenbar genug und von ihnen erwartet man auch nichts anderes als das, was die ohnehin bringen. Unzureichend ist die Massenuniversität allerdings, weil sie nur „Mittelmaß“ hervorbringt und eben nicht Spitzenleistungen, von denen Wohl und Wehe der Nation angeblich abhängen. Dieses Spitzenwissen, so die zweite Auskunft, müssen gar nicht viele Leute wissen; eine oder ein paar Elite-Schulen im Land genügen. Drittens nämlich kommt es bei dem Spitzenwissen vor allem darauf an, dass „wir“ es in Deutschland haben – und andere Nationen nicht. Ausgerechnet Wissen, ein allgemeines Produkt geistiger Arbeit, das, wenn es einmal herausgefunden ist, von jedermann immer wieder angewendet werden kann, ohne dass der zweite, dritte vierte Anwender dem Entdecker etwas wegnimmt; ausgerechnet Wissen nützt der kapitalistischen Nation nur, wenn sie es exklusiv und gegen andere besitzt. Nur Wissensvorsprung taugt zum Mittel der Konkurrenz der Konzerne und Nationen; Wissen, das allgemein verfügbar ist, ist kapitalistisch wertlos. So ein Wissen, das Deutschland stark macht gegen andere, das wollen Schröder und seine Leute züchten, indem sie ins Bildungswesen noch eine Selektion und noch eine neue Ebene des Ranges und der finanziellen Ausstattung einbauen, um das Wissenschaftler wie Studenten konkurrieren dürfen. Und schon wieder sind sie von keinem Zweifel geplagt, dass Geld und die Ehre, Mitglied einer Eliteuniversität zu sein, dem Verstand der Forscher und dem Verständnis der Studiosi schon Beine machen wird.

## **Nicht nur Studiengebühren wirken als „sozialer Numerus clausus“ – Der ganze Bildungssektor ist einer!**

Wenn das Studium mehr noch als bisher zum finanziellen Risiko ausgebaut wird, dann wird der finanzielle Hintergrund der Familien, aus denen die Studenten kommen, auch mehr noch als bisher darüber entscheiden, ob man das Risiko eines Studiums eingehen will. Selbstverständlich werden Kinder aus "einkommensschwachen Schichten" verstärkt von wissenschaftlicher Ausbildung sowie von den angenehmeren Berufen und Einkommen ausgeschlossen. Bildungspolitiker stehen auf dem Standpunkt, dass Leute, die das finanzielle Risiko nicht tragen wollen, ohnehin nicht mit der rechten ökonomischen Motivation studieren, also auf der Universität auch nichts verloren haben – es sei denn, ihr Vater kann sich den Luxus eines womöglich nicht zielgerichteten Studierens oder nicht verwertbaren Wissens leisten.

Allerdings kommt der auf Demonstrationen vorgetragene Protest gegen den neuen "sozialen NC", etwas spät, wenn der erst beim Zugang zum Hochschulstudium bemerkt wird. Von der Grundschule an ist der gesamte Wissenserwerb dem Zweck der Selektion untergeordnet. Überall sollen die Besten herausgefunden und weiter gefördert, die anderen auf diverse mittlere Schulen verteilt und der Rest von allem, was über Grundbildung hinausgeht, ausgeschlossen werden – und das in etwa den Proportionen, die der nationale Kapitalismus nachfragt. Weil der Wissenserwerb umfassend zu Auslese unter den Schülern benutzt wird, ist es kein Zufall, dass sich durch die Schule an den Kindern in etwa die Klassenlage ihrer Eltern reproduziert. Wie sollte es auch anders sein, wenn Kinder rücksichtslos gegenüber der materiellen Ausstattung ihres Elternhauses und der Vorbildung, die sie von dort mitbringen, zum Zweck der Selektion einem Leistungsvergleich in Sachen Wissenserwerb unterworfen werden. Das ist eben die Gerechtigkeit einer Wirtschaftsweise, die viele dumme Menschen für schlecht entlohnte einfache Arbeiten braucht, und relativ dazu wenige andere für deren Anleitung und Überwachung, sowie für anspruchsvollere Tätigkeiten. Das ist im übrigen der Skandal – und nicht der Umstand, dass bei der Verteilung der Menschen auf die miesen und die besseren Posten nicht perfekte Chancengleichheit herrscht.